

Von der Kultusgemeinde zum Ältestenrat, 1938 bis 1945. Ein Vortrag

von Dr. Doron Rabinovici

Jubel empfing die einmarschierenden deutschen Truppen am Sonntag, den 12. März 1938, in Österreich. Nie wieder stieß die Wehrmacht bei Überschreitung nationaler Grenzen auf solch hartnäckige Begeisterung.

Die Nationalsozialisten mußten sich ob ihrer „Judenpolitik“ nicht vor einer breiten innerösterreichischen Opposition fürchten. Im Gegenteil, die Bürokratie konnte auf die Masse der Nutznießer und Mitläufer zählen, rechnete aber wiederum nicht mit diesem unerwarteten Übereifer. Die Wiener Juden waren nicht Opfer einer von außen kommenden Politik. Jene Ausschreitungen und Raubzüge, die bisher in Deutschland unvorstellbar gewesen waren und nunmehr das ganz besondere Ambiente des nazistischen Wien ausmachten, setzten nicht erst nach dem Einmarsch der deutschen Truppen, sondern schon in der Nacht davor ein. Die heimischen Nationalsozialisten machten sich sogleich, am Samstag, den 11. März, an ihre Arbeit. Unterstützung für die Opfer wurde nur von Einzelnen, Vereinzelt, geboten.

: während in Deutschland die ersten Opfer der Nazis die Linksparteien waren - Sozialisten und Kommunisten - sind es in Wien die Juden

Am 1. April 1938 ging der erste Transport in das Konzentrationslager Dachau; von den 151 deportierten Männern waren 60 Juden.¹ Die neuen Machthaber setzten eine Flut an Gesetzen und Erlässen gegen die Juden um. Es ging darum, die antisemitische Diskriminierung und Ausgrenzung legal absichern zu können.

Der „Völkische Beobachter“ vom 26. April 1938 mußte die österreichische Bevölkerung gar zur Mäßigung aufrufen. Zu enthusiastisch schienen die Wiener Antisemiten den nationalsozialistischen Machthabern. Die endgültige Verstaatlichung der Raubzüge erfolgte im Mai 1938 mit der Schaffung einer „Vermögensverkehrsstelle“ im ehemaligen österreichischen Handelsministerium.² Diese Vorgangsweise in der „Ostmark“ wurde zum Vorbild für das „Altreich“, für Deutschland.

Am Donnerstag, den 16. März, drangen die nationalsozialistischen Machthaber zum ersten Mal in die Kultusgemeinde ein. Am 18. März, wurde das Amtsgebäude der

¹ Rosenkranz, Verfolgung; 37.

² Safrian und Wittek; 96.

Israelitischen Kultusgemeinde im Handstreich besetzt.³ Die Gemeindebeamten mußten während der Razzia am 18. März sämtliche Schränke und Fächer für eine Hausdurchsuchung öffnen. Die Wiener Juden wurden gezwungen, 500.000 Reichsmark als „Äquivalent“ für den jüdischen Spendenbetrag zu zahlen, der an jenen Volksabstimmungs-Fonds gegangen war, mit dem der österreichische Kanzler Kurt Schuschnigg für die Unabhängigkeit Österreichs geworben hatte.⁴ Die Belege für diese Wahlspende lieferten der Gestapo den ersehnten Vorwand, die anwesenden jüdischen Gemeindeführer zu verhaften. Präsident Desider Friedmann, Robert Stricker, einst zionistischer Nationalratsabgeordneter, Amtsdirektor Josef Löwenherz und zahlreiche Kultusvorsteher wurden festgenommen.⁵ Sodann wurde die Kultusgemeinde stillgelegt. Die nationalsozialistische Behörde sperrte die IKG allerdings nur vorläufig zu. Am 2. Mai 1938 sollte sie wieder eingesetzt werden.⁶ In der Zwischenzeit aber war die gesamte jüdische Interessensvertretung gelähmt und enthauptet worden. Die jüdische Gemeinschaft war den Verfolgern ausgeliefert, ohne irgendwelche Maßnahmen ergreifen zu können. Die verbliebenen jüdischen Funktionäre bemühten sich aus diesem Grund um eine provisorische Aufrechterhaltung der Organisation und eine Neueröffnung der IKG.

Im „Altreich“ hatte das „Judenreferat“ des SD die Gestapo in ihrem Vorgehen gegen die Juden bloß unterstützt. In Österreich gelang es den Männern des SD-Referates II-112 unter Adolf Eichmann, die Agenden an sich zu reißen, indem er die bisherigen Befugnisse überschritt. Das SD-Judenreferat II-112 hatte in Berlin Entwürfe zur „Judenpolitik“ ausgearbeitet und die Gestapo in ihrem Vorgehen beraten. Nun bot die Besetzung Österreichs dem örtlichen SD-Sonderkommando die Möglichkeit, selbst durchzugreifen; parallel und in Konkurrenz zur Gestapo.⁷

Trotz all dem Schrecken, den Eichmann zu verbreiten wußte, mußten die Vertreter der jüdischen Organisationen schließen, daß Eichmann an einer Weiterarbeit der Kultusgemeinde interessiert war; wenn auch in einer vollkommen anderen Struktur. Im Unterschied zur wilden Menschenjagd auf den Wiener Straßen verfolgten die nationalsozialistischen Machthaber einen kalkulierbaren Plan. Den Vorgeladenen schienen die nationalsozialistischen Verantwortlichen nicht Mord und Totschlag, nicht Pogrom, sondern „bloß“ die gezielte Vertreibung der Juden

³ Landau, Leo: In Wien von 1909 bis 1939. Mitglied des Vorstandes der Israelitischen Kultusgemeinde; Bericht aufgenommen von Dr. Ball-Kaduri, 28.1.1959 und 22.2.1959; Yad va Shem - 01/244; 11.

⁴ Safrian und Wittek; 41.

⁵ Klaber, I.: Mitteilung über die IKG Wien 1938; aufgenommen von Dr. Ball-Kaduri 1944; Yad va Shem - 01/74; - Landau, Leo: In Wien von 1909 bis 1939. Mitglied des Vorstandes der Israelitischen Kultusgemeinde; Bericht aufgenommen von Dr. Ball-Kaduri, 28.1.1959 und 22.2.1959; Yad va Shem - 01/244; 11. - Rosenkranz, Verfolgung; 34.

⁶ Bienenfeld, Wilhelm : Bericht über die IKG in der NS-Zeit. Volksgerichtsverfahren gegen Karl Ebner; 1964/47 , Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands; 8919/1; 20. Mai 1938 - (der Bericht wird in Folge „Löwenherzbericht“ genannt)

⁷ Michman, Dan: „roschut u manhigut. ‚Judenrat‘ we ‚ichud jehudim‘ b'jamei haschilton hanazi“; (unveröffentlichtes Manuskript - Fassung August 1997; wird 2000 publiziert) 31.-41.

anzustreben.⁸ So sahen sie, um die Ernährung und Flucht so vieler wie möglich zu organisieren, keinen anderen Ausweg als die Kooperation. Nicht aus Eigennutz, sondern ganz im Gegenteil aufgrund sozialer Erwägungen mußten sie mit den Machthabern in Kontakt kommen, mußten die Experten nazistischer Judenpolitik aufsuchen, jenen „Eichmann-Männern“, denen entgegenzutreten, ein existentielles Wagnis für jeden Juden bedeuten konnte. Nicht vergessen sollte werden: Die Funktionäre erfuhren als erstes von den Verfolgungen und hatten zu jener Zeit bessere Chancen als alle anderen Juden, das Land zu verlassen. Manche von ihnen verreisten, um mit den Hilfsorganisationen zu verhandeln und kamen dennoch nach Wien zurück, weil sie sich für ihre Gemeinde verantwortlich fühlten.

Während die Kultusgemeinde zugesperrt, ihre Leitung festgenommen war, ging Adolf Eichmann daran, sie nach seinen Vorgaben und unter vollkommen anderen Vorzeichen umzuordnen. Die IKG sollte zu einem Prototyp der jüdischen Administration unter nationalsozialistischer Herrschaft werden; zum Vorlaufmodell der späteren „Judenräte“. Noch in Gefangenschaft erteilte Eichmann dem Amtsdirektor Josef Löwenherz den Auftrag, einen Entwurf auszuarbeiten, wie im selben Jahr noch 25.000 mittellose Juden aus Österreich auswandern könnten.

Die Kultusgemeinde wurde von Eichmann nach „Führerprinzip“ strukturiert. Sie war nicht mehr die Repräsentation und Führung der jüdischen Gemeinde, sondern wurde zu einem Vollzugsorgan der staatlichen Behörde. In diesem Sinne entsprach sie nicht den jüdischen Vereinen in Deutschland, dem „Altreich“, die noch Eigenständigkeit bewahrt hatten. Die Wiener Kultusgemeinde wurde zum Prototyp einer jüdischen Administration unter nationalsozialistischer Herrschaft; zum ersten Modell eines „Judenrates“. Die jüdischen Opfer, von der nichtjüdischen Bevölkerung verfolgt oder im Stich gelassen, sollten in doppelter Hinsicht getäuscht werden. Sie befolgten die nationalsozialistischen Maßnahmen, welche die Kultusgemeinde verkündete, und richteten ihre Empörung sodann gegen die eigene Vertretung. Nicht die SS oder Gestapo, die jüdischen Funktionäre sollten die nationalsozialistischen Erlässe veröffentlichen. Nicht der „Judenreferent“ der Gestapo, sondern der Leiter der jüdischen Gemeinde sollte im Gedächtnis der Überlebenden haften bleiben. So wurde das Vertrauen der Opfer in die eigene Leitung mißbraucht und gebrochen, um jegliches Aufbegehren gegen die Verbrechen zu verhindern. Die nationalsozialistische Taktik, das Täuschungsmanöver, war aufgegangen, und wirkte

⁸ Brief an Ch. Barlass, Jewish Agency, Jerusalem, ohne Unterschrift, Strengst vertraulich; Zürich, 7.5.1938; Central Zionist Archives, S6-4564; 2.

nach dem Sieg über das Deutsche Reich weiter. Sogar nach 1945 wurden Opfer mit Tätern verwechselt oder willentlich vertauscht.

Die zentralen Bemühungen waren auf die Flucht ins Ausland ausgerichtet. Die Wiener Juden versuchten, so schnell wie möglich zu entkommen. Die Israelitische Kultusgemeinde hatte gemeinsam mit dem „Palästina-Amt“ und den zionistischen Vereinen die Hauptarbeit für die Organisation der jüdischen Flucht zu leisten. Löwenherz und Rothenberg hatten Eichmann zusichern müssen, in der Zeit vom 1. Mai 1938 bis zum 1. Mai 1939 20.000 mittellose Juden zur Auswanderung zu bringen. Diese Zahl sollte mehrfach übertroffen werden. Die Kultusgemeinde organisierte die legale Flucht. Der Gedanke zur Errichtung einer „Zentralstelle“ für jüdische Auswanderung war im SD bereits 1937 aufgekommen, mußte jedoch wieder fallengelassen werden. Noch fehlte dem SD-Referat II-112 jene Machtbasis, die es in Österreich erringen würde. In Wien bot sich nun für das SD-Judenreferat die Möglichkeit, mittels der „Zentralstelle“ die Kontrolle über die Kultusgemeinde zu gewinnen. Zudem konnte sich Eichmann mit solch einem Amt eine persönliche Machtbasis aufbauen. Löwenherz wurde von Eichmann beauftragt, einen Vorschlag zur Errichtung einer „Zentralstelle“ vorzulegen. In diesem „Entwurf des Aktionsprogramms einer zu gründenden „Zentralstelle für die Auswanderung der Juden Österreichs“ skizzierte Löwenherz eine Art Dienstleistungsort, der Beratungsstelle und Betreuungsamt hätte sein sollen.⁹ Löwenherz erahnte nicht die Folgen seiner Ideen und konnte nicht wissen, daß sich seine Absichten in ihr Gegenteil verkehren würden.

Die „Zentralstelle“ funktionierte im Fließbandsystem. Die Menschen wurden abgefertigt. Sie hatten sich mit allen Dokumenten und Bescheiden einzufinden und mußten das Amt ausgeplündert, aber mit einer Ausreiseerlaubnis, dem Ultimatum des termingerechten Grenzübertritts verlassen. Wer nicht binnen 14 Tagen das Dritte Reich ausgewandert war, dem drohte das Konzentrationslager. In der Kultusgemeinde war seit November 1938 auch die sogenannte „Judenabgabe“ zu bestreiten und Vermögenslisten abzugeben. Wertsachen mußten in einer Schätzung angegeben werden. Für diese Gegenstände mußte ein hundertprozentiger Steuerzuschlag entrichtet werden. Das gesamte Kapital mußte der Bank mit einer Vollmacht übergeben werden. Von Zoll und Polizei mußten Belege für die Steuerzahlung eingeholt und vorgezeigt werden. Die Hundesteuer hatte drei Monate vorher bezahlt zu werden und wurde zuweilen auch dann kassiert, wenn der

⁹ Entwurf des Aktionsprogramms einer zu gründenden „Zentralstelle für die Auswanderung der Juden Österreichs“; o.U., o.D.; Yad va Shem 030/94

Flüchtling gar keinen Hund besaß. Vor der Zentralstelle liefen SS-Leute mit Peitschen zwischen den in Schlangen Wartenden umher und schlugen sie häufig blutig. Drinnen, in der Zentralstelle gingen die Menschen von einem Schalter zum nächsten und zahlten an Ämter und Körperschaften die eingeforderten Geldbeträge, bis sie vollkommen ausgeraubt waren.

Die Situation verschärfte sich nach dem Novemberpogrom. Das Pogrom im November 1938 entsetzte die Juden im Deutschen Reich nicht bloß deshalb, weil das Ausmaß der Barbarei alles Bisherige übertraf, sondern weil die Blutorgie noch Schlimmeres zu verheißen schien. Die Hoffnung, mit der Zeit würde die Hatz gegen die Juden nachlassen, war gebrochen.

Im „Altreich“ sollte die dritte Phase der „Judenpolitik“ erst mit dem Novemberpogrom einsetzen. Während das Novemberpogrom für die Juden im „Altreich“ eine einschneidende Wende bedeutete, unterschied es sich in Österreich nicht so sehr in der Qualität, wie vielmehr in der Quantität von vorherigen Gewalttaten. In den meisten Großstädten des „Großdeutschen Reiches“ brannten die Synagogen im November zum ersten Mal. In Wien jedoch waren schon im Oktober die Fensterscheiben mehrerer Synagogen eingeschlagen, Thorarollen geschändet, einzelne Bethäuser zerstört und der große Tempel im 2. Bezirk angezündet worden. Auf den Punkt gebracht kann gesagt werden; während im März 1938 der „Anschluß“ Österreichs an das Deutsche Reich erfolgte, wurde mit dem Novemberpogrom 1938 der Anschluß des „Altreichs“ an die „ostmärkische Judenpolitik“ vollzogen.

Das Gesetz über die „Mietverhältnisse mit Juden“ vom 30. April 1939 bewirkte, daß die meisten Juden aus ihren Wohnungen ausziehen mußten und in eigenen jüdischen Wohnbezirken konzentriert wurden.¹⁰ Eigene „Judenhäuser“ und „Judenviertel“ mußten errichtet werden. Hier wurden die Verfolgten zusammengepfercht.¹¹

Auch die Bewegungsfreiheit der Juden wurde eingeschränkt. Führerscheine wurden den jüdischen Autofahrern entzogen. Der „Judenbann“ weitete sich auf Stadtbahnen, Straßenbahnen, Busse und öffentliche Telefonzellen¹² aus.

Bis zum Kriegsausbruch wurden die Juden mit insgesamt 250 antijüdischen Gesetzen diskriminiert und unterdrückt.¹³ Wer nach dem Novemberpogrom, im

¹⁰ Gold; 97.

¹¹ Hilberg, Raul: Die Vernichtung der europäischen Juden, 3 Bände; (Frankfurt/M.-1990) 176.

¹² Hilberg, Vernichtung; 181.

¹³ Weinzierl, Erika: Zuwenig Gerechte. Österreicher und Judenverfolgung 1938-1945

Laufe der nächsten Monate, nicht mehr entrinnen konnte, wurde nach der totalen Ausbeutung zumeist in Konzentrationslagern ermordet

Bis zur endgültigen hermetischen Schließung der deutschen Grenzen für jüdische Flüchtlinge im November 1941 hatten es 128.500 Juden und Jüdinnen geschafft, Österreich zu verlassen. 55.505 hatten sich in europäische Länder durchgeschlagen, wo nun viele von der Wehrmacht wieder eingeholt wurden. 28.700 war der Weg nach Nordamerika gelungen, 11.500 fanden in Südamerika Zuflucht, 28.500 in Asien, 1.880 in Australien und Neuseeland und 644 in Afrika. ¹⁴

Am 10. Oktober 1939 erhielt Josef Löwenherz von SS-Obersturmführer Rolf Günther den Auftrag, die Kultusgemeinde habe etwa 1.000 bis 1.200 auswanderungsfähige und gesunde Männer auszuwählen und in einer Liste zu verzeichnen, die in Nisko, im Raum Lublin, angesiedelt werden würden. Handwerker, insbesondere Tischler, Zimmerleute und Techniker sollten ausgesucht werden. Jeder zur Deportation vorgesehene Jude, teilte Günther mit, müsse ein besonderes behördliches Formular ausfüllen. Für dieses Formular hatte jeder der Männer fünf Reichsmark zu zahlen; überdies mußte er einen Pauschalbetrag von 5.000 Reichsmark zur Deckung der Transportkosten einbringen! Alle sollten Arbeitskleider, Spirituskocher, Verpflegung für drei bis vier Wochen, weiters Sägen, Beile, Hämmer, Nägel und sonstige Handwerkszeuge mitnehmen. ¹⁵

Vielen Juden schien ein autonomes jüdisches Ansiedlungsgebiet südlich von Lublin eine Möglichkeit, die Kriegszeit heil zu überstehen, ohne den Ausschreitungen und Verfolgungen antisemitischer Landsleute ausgesetzt zu sein. Löwenherz beschloß aber, alle für den Transport in Frage kommenden Männer am 14. Oktober in die zerstörte Halle des Stadttempels zu laden, um dort bloß jene in den Transport aufzunehmen, die sich freiwillig meldeten. ¹⁶

Bei nachfolgenden Überprüfungen der Freiwilligen ergab sich jedoch, daß eine erhebliche Anzahl der Kandidaten - etwa 300 - infolge ihres körperlichen und geistigen Zustandes nicht für einen Arbeitstransport in Frage kamen. ¹⁷ Die

(Graz,Wien,Köln-1969) 36.

¹⁴ Weinzierl; 52.

¹⁵ Löwenherz, Josef: Aktennotiz über die Vorsprache des Gefertigten bei Herrn Obersturmführer Günther in der Zentralstelle für jüdische Auswanderung am 10. Oktober 1939; 2.15 nachm.; Yad va Shem - Tr 3-1135; ebenso: A/W-465; 23.-24.

¹⁶ Moser, Jonny: Nisko. Ein geplantes Judenreservat in Polen, in: Das Jüdische Echo; (Wien- 1989), XXXVIII. Band, 120.

¹⁷ Löwenherz, Josef: Aktennotiz über die Vorsprache der Gefertigten bei Herrn Obersturmführer Günther am 17. Oktober 1939; A/W-465; 26.

Verzögerungstaktik des Amtsdirektor Löwenherz zwang die „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“, die Transporte selbst zu ergänzen.¹⁸

Das Unternehmen Nisko wurde bald wieder abgebrochen, da es auf den Widerstand des Generalgouverneurs Frank stieß, der in seinem Gebiet kein „Judenreservat“ akzeptieren wollte. Zudem konzentrierte sich die nationalsozialistische Führung zu jener Zeit auf die Aussiedlungspläne aus dem Warthegau und die Suche nach Arbeitsplätzen und Unterkünften für „Volksdeutsche“ aus dem Baltikum. Doch zeigte sich in Nisko schon das Grundkonzept zur Deportation. Viele organisatorische Einzelheiten entsprachen bereits den späteren Verschleppungen in die Vernichtung, die ab Herbst 1941 durchgeführt werden sollten. Auch die Ausnutzung der IKG folgte nachher dem „Modellfall Nisko“. Bis Februar 1941 trat eine Ruhepause ein.

Am 2. Dezember 1939 berichtete Löwenherz Adolf Eichmann, daß der „American Joint Distribution Committee“ ihm mitgeteilt habe, die Zuweisung weiterer Devisen könnte bloß auf der Grundlage einer fortgesetzten Auswanderung erfolgen. Sollten im März 1940 die Polentransporte wieder aufgenommen werden, müßten alle Geldüberweisungen unterbleiben. Die jüdischen Organisationen versuchten, durch Geldzusagen weitere Deportationen verhindern zu können. In Wahrheit hatten die Nationalsozialisten von sich aus beschlossen, die Transporte nach Nisko vorerst einzustellen und die Vertreibung weiterhin zu forcieren. Der Plan, die Juden Wiens zu deportieren, war aufgeschoben, doch noch nicht verworfen.

Bereits 1939 wurden die Juden in Wien in eigens dafür bestimmte „Judenhäuser“ und „Judenviertel“ abgedrängt.¹⁹ Juden sollten aus dem Straßenbild zu verschwinden. Allein durch die Vertreibung und Zwangsverschickung der Wiener Juden wurden von 1938 bis 1942 etwa 70.000 Wohnungen frei. Das sind 10.000 Wohnungen mehr als die Wohnbaupolitik des Roten Wien bis 1934 bauen konnte.²⁰ In Wien hatte sich die „Judenpolitik“ der Nazis, hatten sich Vertreibung und Terror, allemal gelohnt. Die Konzentration, Segregation und Ghettoisierung ermöglichte erst die Deportation.

Am 16. Juni 1940 fand sich Josef Löwenherz wieder zu einer Vorsprache bei Adolf Eichmann ein, und der jüdische Amtsdirektor berichtete von einer Verordnung des Innenministeriums; die Matrikenbücher der Kultusgemeinde mußten am 30. Juni

¹⁸ Moser, Jonny: Nisko. The first Experiment in Deportation, in: Simon Wiesenthal Center Annual; (White Plains N. Y.- 1985), 2. Band, 1985; 1.-30.

¹⁹ Bienenfeld, „Löwenherzbericht“; 7.6.1939

²⁰ Botz, Gerhard: Wien vom Anschluß zum Krieg. Nationalsozialistische Machtübernahme und politisch-soziale Umgestaltung am Beispiel der Stadt Wien 1938/39; (Wien, München-1978) 463.

1940 dem Magistrate übergeben werden.²¹ Von einer etwaigen Deportation war in diesem Zusammenhang keine Rede. Am 4. Juli 1940 teilte die „Abteilung für Bevölkerungs- und Karteiwesen in Wien“ mit, daß sie die Matriken übernommen hatte.²² Am 13. Oktober 1940 wurde Dr. Josef Löwenherz von der Geheimen Staatspolizei mitgeteilt, daß eine eigene Lebensmittelkartei für die 60.000 Juden, unter ihnen auch die sogenannten „Nichtglaubensjuden“, eingerichtet werden sollte. Die Kultusgemeinde hatte 30 Personen zur Verfügung zu stellen, um diese zentrale Datei einzurichten. Ab dem 1. November 1940 wurden die Lebensmittelkarten aller antisemitisch Verfolgten mit dem Aufdruck „Jude“ bezeichnet.²³

Wer essen wollte, ob Kind oder Greis, mußte hier gemeldet sein. Die jüdische Administration wurde erfolgreich getäuscht. Jene Kartenstelle, die vorgeblich errichtet worden war, um die Verpflegung und Ernährung der Juden zentral zu gewährleisten, diente ihrer Erfassung, ihrer Ausbeutung, ihrer Deportation und ihrer Ermordung. Die Lebensmittelkartei nutzte der Maschinerie der Vernichtung.

Am Samstag, den 1. Februar 1941 bestätigten sich alle Befürchtungen und Gerüchte innerhalb der jüdischen Gemeinde. Bei einer Vorsprache in der Zentrale der Geheimen Staatspolizei um zwölf Uhr mittags eröffnete Regierungsrat Karl Ebner, der Leiter des „Judenreferates“ der Gestapo Wien, in Anwesenheit des SS-Obersturmführers Alois Brunner, des Nachfolgers Günthers und nunmehrigen Leiters der „Zentralstelle“, dem jüdischen Amtsdirektor Löwenherz, daß geplant war, einen Teil der Wiener Juden in das „Generalgouvernement“ „*umzusiedeln*“. In seiner Aktennotiz über dieses Treffen hielt Löwenherz fest:

In diesem Frühjahr wurden 5.000 Menschen zwangsverschleppt. Obgleich zu Anfang des Gesprächs zugesagt worden war, die Kultusgemeinde aus der Aktion herauszuhalten, sind in der Aktennotiz des Amtsdirektors die Weisungen an die jüdische Administration genau ausgeführt. Damit war festgeschrieben, daß die nationalsozialistische Behörde, die „Zentralstelle“ die Deportationslisten erstellen würde. Die zur Deportation bestimmten Menschen hatten sich in einem „Sammellager“ in einem ehemaligen Schulgebäude in der Castellezgasse 35 einzufinden.²⁴

Die Menschen hatten ihre Lebensmittelkarten in das Sammellager zu bringen und dort abzuliefern. Löwenherz wurde mitgeteilt, die Juden könnten Bargeld in

²¹ Bienenfeld, „Löwenherzbericht“; 16.6.1940

²² Dr. Klein, HVO3/IX, Abteilung für Bevölkerungs- und Karteiwesen; 4.7.1940; A/W-272

²³ Rosenfeld, Julius: Bericht; April 1956; Yad va Shem - 01/177; 2. - Bienenfeld, „Löwenherzbericht“; 1.11.1940

²⁴ Aktennotiz; 1.2.1941; Yad va Shem ; Tr 1147

unbeschränktem Ausmaße mitnehmen; ein Beamter der Reichsbank werde im „Sammellager“ die Markbeträge in Zloty umwechseln. Ein genaues Verzeichnis der Vermögenswerte, Rechte und Ansprüche mußte im „Sammellager“ abgeliefert werden. Name wie Anschrift des Vermögensverwalters hatten der Gestapo bekanntgegeben zu werden. Die Juden mußten für die finanziellen Kosten ihrer Deportation und Vernichtung selbst aufkommen. Sie durften Wien nicht mehr verlassen. Die Aufgaben der Kultusgemeinde waren bereits klar umrissen. Sie hatte diejenigen zu verständigen, die zur Deportation bestimmt waren. Für die Verpflegung der in den „Sammellagern“ Internierten war ebenfalls die Kultusgemeinde verantwortlich. Die Auswanderung der Wiener Juden sollte von der jüdischen Verwaltung weiter betrieben werden, doch die Umschichtungskurse, jene Lehrgänge, in denen die Flüchtlinge neue Berufe erlernen konnten, waren sofort aufzulösen. Angestellte der Kultusgemeinde und ihrer Anstalten durften aus den Deportationstransporten herausreklamiert werden. Die Kultusgemeinde mußte entscheiden, welcher Beamte „unentbehrlich“ war und welcher nicht.²⁵

Für die erste Deportation hatte die „Zentralstelle“ einen Großteil der Angestellten der Kultusgemeinde einberufen. Josef Löwenherz bat deshalb SS-Obersturmführer Brunner, diese Beamten auszuscheiden, „da er sie dringend für die klaglose Erledigung der Arbeiten in der Kultusgemeinde brauche.“²⁶ Hierauf willigte Brunner ein, Angestellte von der Zwangsverschickung zurückzustellen, wenn sich alle restlichen Personen fristgerecht im „Sammellager“ einfänden. Unter diesen Voraussetzungen erklärte sich Brunner auf die Bitte des jüdischen Amtsleiters hin bereit, ebenso Personen mit unmittelbaren Auswanderungsmöglichkeiten aus der Liste zu streichen.²⁷ Mit dem Versprechen manche aus den Transporten vorerst auszuschließen und die Emigration einiger noch zu erlauben, konnte Brunner die Mitarbeit der Gemeinde um so leichter erpressen.

„Privilegiert“ waren jüdische Väter und Mütter eines „Mischlings“, unabhängig vom Fortbestand der Ehe mit dem nichtjüdischen Partner; und selbst, wenn der einzige „Mischlingssohn“ im Krieg gefallen war. „Privilegiert“ waren ebenso alle kinderlosen jüdischen Frauen in einer „Mischehe“; allerdings bloß für die Dauer der Ehe! Der Begriff „privilegiert“ umfaßte also Juden, die zwar verfolgt, beraubt und entwürdigt, doch noch nicht ermordet wurden.²⁸

Der jüdische Verwaltungsapparat konnte nun in einem zweiten Ausschlußverfahren, Menschen aus den Listen herausreklamieren. Die Kultusgemeinde konnte bitten, Angestellte der Kultusgemeinde von der Deportation für einige Zeit zurückzustellen, falls sie diese Mitarbeiter als unentbehrlich einstufte. Die Kultusgemeinde konnte weitere Motive anführen, um Einzelne von den Listen zu

²⁵ Aktennotiz; 1.2.1941; Yad va Shem ; Tr 1147

²⁶ Bienenfeld, „Löwenherzbericht“; 1.2.1941;

²⁷ Bienenfeld, „Löwenherzbericht“; 1.2.1941;

²⁸ vgl.: Hilberg, Vernichtung; 444.-449.

streichen; eine bevorstehende Auswanderung; gesundheitliche Umstände oder die Trennung der Familie.²⁹ Diese Juden galten nicht als „privilegiert“; sie waren bloß für den Moment „zurückgestellt“. Jeder einzelne Fall von Zurückstellung mußte vorgelegt werden. Der Entscheid hing zumeist von Alois Brunner, dem Leiter der „Zentralstelle“, ab.

In diesen ersten Deportationen im Frühjahr 1941 formte sich die Strategie der Wiener jüdischen Führung gegenüber der nationalsozialistischen Massenverschleppung. Da die Emigration noch möglich war, fügte sie sich den Befehlen der nationalsozialistischen Behörden, um Schlimmeres zu verhüten und eine weitere Flucht nicht zu ermöglichen. Immerhin; im Jahre 1941 konnten noch mehr als 6.000 Verfolgte dem „Dritten Reich“ entkommen.

Im Bereich der eigenen Beamtenschaft mußte die Gemeindeführung eine Selektion durchführen. Sie bestimmte, wer in Wien unersetzbar war. Für jeden Angestellten aber, der in Wien bleiben sollte, mußte die Israelitische Kultusgemeinde „Ersatz stellen,“ wobei allerdings nicht die jüdische Administration die Auswahl traf, sondern die nationalsozialistische Behörde eine andere Person zur Deportation bestimmte.³⁰

Ab September 1941 mußten Juden durch „Judensterne“ gekennzeichnet sein, wobei die Kultusgemeinde die ausgeschnittenen, gelben Stoffflecke zu verteilen hatte. Die jüdische Gemeinde hatte für jedes Kennzeichen fünf Pfennig zu bezahlen; und ihr wurde auferlegt, die „Judensterne“ für zehn Pfennig zu verkaufen, um mit der Differenz die durch die Polizeiverordnung anfallenden Verwaltungsausgaben zu decken. Die Juden mußten die Kosten ihrer eigenen Diskriminierung selbst begleichen. Jede Person, die einen „Judenstern“ erstanden hatte, hatte eine Empfangsbestätigung zu unterschreiben.³¹

Als im Herbst 1941 klar war, daß die Judenheit der Stadt zwangsverschleppt werden sollte, waren die meisten jungen Männer bereits ausgewandert oder deportiert. Zurückgeblieben waren zumeist die Schwächsten und Bedürftigsten. Sie lebten verstreut unter einer feindlichen Mehrheit. Die Altersstruktur und die

²⁹ Prochnik, Robert: Unveröffentlichtes Typoskript über die Juden im Dritten Reich; (niedergeschrieben nach 1945) 59. Ich danke Mares Prochnik, mir das Typoskript übergeben zu haben.

³⁰ etwa: Zeugenaussage von Wilhelm Bienenfeld; Strafsache gegen Johann Rixinger vor dem Landesgericht für Strafsachen Wien als Volksgericht Vg 11 g Vr 4866/46 /HV 1319/47; 49. - Dieser Punkt wird im nächsten Kapitel genauer ausgeführt und erklärt werden.

³¹ Eppstein, Paul und Josef Löwenherz: Aktennotiz über die Vorladung im Reichssicherheitshauptamt durch Sturmbannführer Günther und Sturmbannführer Regierungsrat Suhr; am 6.9.1941; Police D'Israel, Quartier General 6-ème Bureau; YAD VA SHEM ; Tr-1150

Geschlechterverteilung der jüdischen Bevölkerung hatten sich verschoben. Zudem war von einer systematischen, totalen Vernichtung den Opfern nichts bekannt.

Was wäre geschehen, wenn die Kultusgemeinde im Moment der Deportation alle Kooperation eingestellt hätte? Alle Listen und Karteien waren bereits in den Händen staatlicher Stellen. Wohin wären Tausende Kranke, Greise und Kinder geflüchtet? Wie hätten sie sich ernähren, bei wem unterschlüpfen können? Sie lebten eingekreist im Feindesland; in der Falle. Es gab keinen Ausweg aus dem Dilemma. Die Kultusgemeinde wirkte, um für ihre Mitglieder noch sorgen zu können, an der Verschleppung mit. Die Administration setzte auf die Möglichkeit, jeweils jene Juden noch zu retten, die „zurückgestellt“ werden sollten. Die Täter hatten die Macht und bewahrten aus diesem Grund den Überblick. Die Administration der Ohnmächtigen kämpfte gegen die Zeit und versuchte einen Aufschub zu gewinnen. Aber die Mörder waren die Herren der Zeit. Die jüdischen Funktionäre und Beamten kooperierten, um die eine oder andere Erleichterung zu erwirken. Im Kleinen und stückweise hatten sie so manchmal einen zeitweiligen Erfolg, doch eben wegen dieser Kooperation erreichten die Mörder im Großen und Ganzen schneller ihr Ziel; die Deportation der Juden.

Im November 1941 führte Alois Brunner dieses neue System, die „Aushebungen“, ein. Er forderte von Löwenherz jüdische Angestellte an, die mit SS-Männern an den „Aushebungen“ teilzunehmen hätten. Sie müßten den Opfern beim Packen zur Seite stehen und sie in das Sammellager geleiten. Löwenherz weigerte sich, jüdische Mitarbeiter für diese Aufgabe zur Verfügung zu stellen. Brunner versetzte daraufhin, dann werde er seinen Plan eben ohne die Hilfe der Kultusgemeinde, auf seine Art, etwa mit Hitlerjungen, durchführen. Brunner ging daraufhin daran, einen jüdischen Gestapospitzel mit der Aufstellung einer jüdischen Truppe zu beauftragen. Dieser Mann rekrutierte in wenigen Stunden eine Gruppe von 40 Juden. Brunner befahl seinen SS-Männern und dieser jüdischen Einheit besonders brutal vorzugehen. Die Konsequenzen sollen schrecklich gewesen sein. Primitive, verängstigte und brutale Kerle waren ausgesucht worden, die rüde und schroff mit den Opfern umsprangen. In wenigen Tagen erreichten die Kultusgemeinde Klagen über Diebstahl, Raub, Erpressung, Bestechung, ja gar Vergewaltigung. In dieser Zeit weigerte sich Brunner, Löwenherz zu empfangen. Als er ihn wegen anderer Angelegenheiten vorlud, gestattete er dem jüdischen Funktionär, Beschwerden über die „Aushebungen“ vorzubringen. Brunner beschied Löwenherz, er hätte nicht beabsichtigt, daß die „Aushebungen“ auf diese Weise durchgeführt werden würden.

Löwenherz wäre für die Situation verantwortlich, da er ja nicht kooperieren wollte. Nun willigte Löwenherz ein, eigene Angestellte der SS zu überlassen. Er versuchte hierfür besonders „verlässliche und anständige“ Personen auszusuchen.³²

Doch auch diese jüdischen „Ausheber“, etwa 400 bis 500 Mann ³³ verbreiteten Schrecken und Terror unter der jüdischen Bevölkerung, denn ihr Erscheinen bedeutete Deportation. Keiner, der heute von den jüdischen Handlangern der SS schreibt, darf vergessen, daß jeder dieser Leute um ihr eigenes Leben kämpften. Überlebende berichten, über die verschiedenen Verhaltensweisen dieser „Ausheber“ im Dienste der SS. Manche dieser Männer setzten sich für ihre Schicksalsgenossen ein; unter Einsatz des eigenen Lebens. ³⁴ Ob sie versuchten, den anderen Juden unter Gefährdung der eigenen Existenz zu helfen und für sie eintraten, ob sie korrupt waren, ihre Schicksalsgenossen erpreßten, sich von ihnen bestechen ließen oder unter dem täglichen Druck und im Umgang mit ihren Vorgesetzten und den SS-Verbrechern verrohten, immer standen sie unter permanenter Todesdrohung.

Damit die jüdische Fürsorge weiterhin für die Waisenkinder da sein konnte, um jüdische Gefangene besuchen zu dürfen, wurde kooperiert. Die Kultusgemeinde durfte die Menschen in den Sammellagern und bei der Abfertigung der Züge mit dem Notdürftigsten versorgen, doch bloß, wenn sie sich gleichzeitig um die Einhaltung der staatlichen Verbote kümmerte. Mit Ruhe und Ordnung, so dachten die jüdischen Funktionäre, könnten besondere Härten vermieden werden. Die jüdische Gemeinde sorgte für die gesittete und disziplinierte Durchführung der Deportation ihrer Mitglieder, weil ihr sonst mit noch schlimmeren Konsequenzen gedroht wurde. Im Schatten aller Tätigkeiten und teils mit Wissen von Löwenherz, fälschte die Fürsorgerin Franzi Löw Papiere jüdischer Kinder und Säuglinge, die so gerettet werden konnten. In der Früh, vor Amtsbeginn, ging sie zu einem nichtjüdischen Bäcker, um Untergetauchten, „U-Booten“ zu helfen.

Ogleich die Kultusgemeinde die großen Deportationslisten, wie beschrieben wurde, nicht aufstellte, hätte ohne ihre Mitarbeit die Zwangsverschickung und Vernichtung nicht auf diese reibungslose Weise funktioniert. Im Zimmer 8 des Kultusgemeindeamtes organisierte Benjamin Murrelstein die jüdische Kooperation zur Evakuierung. Hier wurden Listen alphabetisiert, kopiert und umgeschrieben.

³² Zeugenaussage von Wilhelm Bienenfeld; 138. Strafsache gegen Wilhelm Reisz vor dem Landesgericht für Strafsachen Wien als Volksgericht; Archiv des Landesgerichts; Vg 1b Vr 2911/45; - Prochnik, Typoskript; 59. - Sachverhaltsdarstellung von Robert Prochnik; 24.6.1954; Strafsache gegen Robert Prochnik, Vg 8c Vr 3532/48, Forts. unter: Vg 8c Vr 41/542; 63.-64. - Vernehmung von Oskar Münzer; 3.11.1945; Strafsache gegen Oskar Münzer; Vg 4 Vr 2916/45 § 3 KVG

³³ Niederschrift von Wilhelm Reisz; 1.9.1945; Strafsache gegen Wilhelm Reisz vor dem Landesgericht für Strafsachen Wien als Volksgericht; Archiv des Landesgerichts; Vg 1b Vr 2911/45; 6.

³⁴ Singer, Joe: „Erlebnisse in Wien und Theresienstadt“; London - 1955; Wiener Library, Tel-Aviv; 02/1025; 6.

Das Zimmer 8 war nicht bloß ein administratives Zentrum der Deportation. In diesem Raum wurde zudem entschieden, welche Angestellten und Förderer der jüdischen Institutionen als unentbehrlich gelten sollten. Hier trafen einander die jüdischen Leiter der verschiedenen jüdischen Institutionen, um zu bestimmen, welche ihrer Mitarbeiter geschützt werden sollten.

Bis zur Befreiung, als beinahe alle Juden deportiert worden waren, oblag es dem Zimmer 8 eine eigene Kartothek der Wiener Juden am Laufenden zu halten. Der jüdischen „Abteilung für Bevölkerungswesen“ wurde von der Gestapo aufgetragen, die Karteien ständig zu überprüfen. Ende 1942 suchte Josef Löwenherz den Leiter der Wiener Gestapo, Karl Ebner, auf, um sich nach dem Schicksal der Deportierten zu erkundigen. Ebner schilderte den Vorfall nach 1945:

Er ist eines Tages nach 1942, also vermutlich 1943, völlig gebrochen zu mir gekommen und hat um eine Unterredung mit Huber gebeten. Ich fragte ihn, was er wolle und er erzählte, daß er erfahren hätte, daß die Juden angeblich umgebracht würden, er wolle Gewißheit haben, ob dies stimme. Ich meinte, daß er da beim Chef schlecht ankäme und er ihn wegen Verbreitung von feindlichen Rundfunknachrichten unter Umständen belangen würde. Löwenherz meinte, es sei ihm egal. Daraufhin gingen wir zu Huber. Nachdem Huber unterrichtet worden war, hat er auf der direkten Leitung den Amtschef IV des RSHA angerufen (Müller), und wir warteten in der Zwischenzeit draußen. Als wir wieder hineinkamen, sagte uns Huber, daß Müller diese Behauptungen als üble Nachrichten abgetan hätte. Löwenherz war sichtlich erleichtert. ³⁵

Josef Löwenherz hatte bereits seit Sommer 1941 von Greuelthaten und Massenerschießungen gehört, aber von der systematischen Vernichtung hatte er erst erfahren, als die Deportation der Wiener jüdischen Gemeinde bereits durchgeführt worden war.

Im November 1942 wurde die Israelitische Kultusgemeinde aufgelöst. Von nun an hatte der „Ältestenrat der Juden in Wien“ die Aufgaben der Kultusgemeinde und der Hilfsorganisation für die sogenannten „nichtmosaischen Nichtarier“ zu übernehmen. Die Auflösung der Kultusgemeinde hatte finanzielle Gründe; der Besitz der öffentlich-rechtlichen Institution sollte nun dem Deutschen Reich zufallen.³⁶ Die Vermögenswerte der IKG hatten ihren Zweck erfüllt; Fürsorge, Auswanderung und

³⁵ Erklärung von Karl Ebner, 20. Sept. 1961; Strafsache Novak; zitiert nach: Hilberg, Vernichtung; 2. Band, 481.

³⁶ Stern, Willy; Interview, 7. Juni 1989;

Deportation waren teils aus dem Eigentum des Verwaltungsapparates und der jüdischen Stiftungen bezahlt worden.³⁷

Am 1. Jänner 1943 lebten laut Angaben des Ältestenrates in Wien noch 7.989 Menschen, die nach „Nürnberger Rassegesetz“ als Juden galten.³⁸ Die meisten von ihnen lebten in einer sogenannten „Mischehe“ oder waren durch einen „arischen“ Elternteil geschützt. Verstarb der nichtjüdische Ehepartner oder das arische Familienmitglied, verfiel auch der Schutz. Sogenannte „Glaubensjuden“, die nicht mit einem nichtjüdischen Ehepartner verheiratet waren, hatten kaum in Wien bleiben können, es sei denn, sie arbeiteten für den Ältestenrat. Doch der jüdische Verwaltungsapparat mußte ohne Unterlaß sein Personal abbauen, und jede Kündigung bedeutete die Deportation in die Vernichtung.

In Kleintransporten wurden zwischen März 1943 und Oktober 1944 von der Gestapo etwa 350 Menschen nach Auschwitz und ungefähr 1.400 Personen nach Theresienstadt deportiert.³⁹ Die nationalsozialistischen Bürokraten wollten das Geld aller jüdischen Opfer erfassen. Es ließ ihnen keine Ruhe, daß der Besitz jener Juden, die in einer sogenannten „privilegierten Mischehe“ lebten und deswegen nicht verschleppt werden konnten, nicht geraubt werden durfte. Deshalb wurde im Sommer des Jahres 1943 noch die 13. Verordnung zum Reichsbürgergesetz erlassen; das Vermögen eines Juden sollte nach seinem Tod dem Reich zufallen; nichtjüdischen Erbberechtigten mußte allenfalls ein Ausgleich gewährt werden. Juden konnten nicht erberechtigt sein.⁴⁰

Am 31. Dezember 1944 zählte der Ältestenrat noch 5.799 Menschen in Wien, die aufgrund der „Nürnberger Rassegesetze“ als Juden verfolgt wurden. 1.053 von ihnen waren sogenannte „Glaubensjuden“. Nach bisherigen Forschungen konnten zudem etwa 600 Juden im Verborgenen, als sogenannte „U-Boote“ den Nationalsozialismus in Österreich überleben.⁴¹ Dies war der Rest der einst über 200.000 Menschen zählenden Gemeinden in Österreich.

Noch in den letzten Monaten vor der Befreiung, als die jüdische Gemeinde in Wien längst vernichtet war, arbeitete die jüdische Administration weiter. Wer daran denkt,

³⁷ Danneberg, Franzi; Interview, 19. Juni 1991

³⁸ Bericht über die Tätigkeit des Ältestenrates der Juden in Wien im Jahre 1943; A/W-117

³⁹ Freund und Safrian, Vertreibung; 37.

⁴⁰ Dreizehnte Verordnung zum Reichsbürgergesetz. Vom 1.7.1943 (Reichsgesetzblatt Teil I, Seite 372); zitiert in: Blau, Ausnahmerecht; 423. Paragraph; 115.

⁴¹ Brigitte Ungar-Klein: Leben im Verborgenen - Schicksale der „U-Boote“; in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (Hg.): Jüdische Schicksale. Berichte von Verfolgten; aus der Serie: Erzählte Geschichte. Berichte von Widerstandskämpfern und Verfolgten, (Wien-1992) 604.

daß die Juden ganz Europas zur selben Zeit ermordet wurden, will erst nicht glauben, daß in Wien jüdische Institutionen und in Berlin ein jüdisches Krankenhaus bis 1945 fortwirkten. Im Unterschied zu den besetzten Ländern schien es den nationalsozialistischen Machthabern insbesondere wichtig, im Deutschen Reich den Volkskörper von allem „Jüdischen“ zu „säubern“, ohne jedoch hierbei die eigenen „Volksgenossen“ zu ängstigen oder zu schädigen. Noch lebten in Wien „Mischlinge“ oder jüdische Menschen, die mit Nichtjuden verheiratet und verwandt waren und auf deren Familien die Nazis Rücksicht nehmen mußten. Die übriggebliebenen Juden hatten im Interesse der Gesamtbevölkerung versorgt zu werden. Sie brauchten medizinische Betreuung, um mögliche Ansteckungen und Seuchen in ihrer nichtjüdischen Umgebung zu verhindern. Sie sollten jedoch weiterhin den jüdischen Einrichtungen unterstehen und nicht in „arische“ Spitäler aufgenommen werden, denn die Segregation hatte aufrecht erhalten zu werden. Die Verfolgten wurden nicht in den „Volkskörper“ aufgenommen. Noch waren sie geduldet, aber die Maschinerie der Vernichtung wartete schon auf sie. Sobald ein „arischer“ Ehemann verstorben war, wurde seine alleinstehende jüdische Witwe, so sie nicht durch andere Verwandte geschützt war, deportiert.

Welches Verhalten der Opfer kann während der nationalsozialistischen Vernichtung als normal bezeichnet werden? Wieviel Schmach kann jemand ertragen und wie viele Familienangehörige verlieren? Was ist Nonkonformität in einer Zeit, in der jüdische Existenz an sich zum Verstoß wird? Wenn der Feind nicht mehr die Unterwerfung will, sondern den Tod, ist dann nicht alles, was sein Ziel durchkreuzt und das Überleben so vieler Juden wie möglich anstrebt, ist dann nicht mitunter auch die Unterwerfung, eine Form von Widerstand?

Wer fragt, weshalb 1938 in Wien kein bewaffneter jüdischer Widerstand organisiert wurde, ahnt nicht, wovon er spricht. Die Vorstellung, die jüdische Bevölkerung hätte inmitten der österreichischen Gesellschaft als souveräne Einheit agieren und gegen sie vorgehen können, entspricht den antisemitischen Klischees, das Wiener Judentum wäre ein homogener Block gewesen, eine Verschwörungszentrale, abgesondert und hierarchisch strukturiert. Die meisten Juden lebten in Wien verstreut und hatten mit ihren nichtjüdischen Nachbarn mehr Kontakt als mit der Gemeindeverwaltung. Als die Deportationen einsetzten, hatten sich Altersstruktur und Geschlechterverteilung der jüdischen Bevölkerung verschoben. Im Land geblieben waren die Schwächsten und Bedürftigsten. Alle Listen und Karteien waren bereits in den Händen staatlicher Stellen. Wohin wären Tausende Kranke, Greise

und Kinder geflüchtet? Wie hätten sie sich ernähren, bei wem unterschlüpfen können? Sie lebten eingekreist im Feindesland; in der Falle. Es gab keinen Ausweg aus dem Dilemma.

Oft hieß es, Funktionäre der jüdischen Gemeinde hätten „bloß“ ihr eigenes Überleben und das ihrer Familie sichern wollen. Die Legende, die jüdischen Gemeindebediensteten hätten nur aus eigenem, egoistischem Interesse mit den Nazis verhandelt, ist, ob bewußt oder unbeabsichtigt, nichts als Denunziation, da im Gegenteil durchaus Gedanken sozialer Verantwortung der Politik der Kompromisse zugrunde lagen. Nicht der Wunsch, selbst zu überleben, war für die Gemeindeleitung entscheidend, sondern die anfängliche Hoffnung im Handel mit der SS, Juden und Jüdinnen durch Auswanderung zu retten. Später ging es darum, die totale Vernichtung aufzuhalten; und am Ende nur noch darum, die Qualen lindern zu helfen.

Alle Strategien der Juden, ob Widerstand oder Kooperation, scheiterten und konnten die Vernichtung nicht verhindern. Das Verhalten der Opfer änderte nichts daran, daß ihr Schicksal durch die nationalsozialistische Politik besiegelt war. Auf keinen Fall jedoch ist die Kooperation der jüdischen Funktionäre mit Kollaboration gleichzusetzen. Gewiß, einzelne Juden, darunter auch jüdische Funktionäre, verrieten andere Juden. Ein jüdischer Funktionär vermochte tödliche Kompromisse zu schließen. Nichtjüdische Kollaborateure in besetzten Ländern beteiligten sich freiwillig, aus opportunistischen oder ideologischen Gründen, an den Verbrechen. Die Judenräte aber wollten nicht den Zielen der Nationalsozialisten dienen, sondern glaubten nur, durch Kooperation der Vernichtung entgegenwirken zu können, sie wurden durch Lügen, Täuschungen und kollektive Strafandrohungen zur Mitarbeit gezwungen. Die meisten jüdischen Funktionäre, und darin zeigt sich trotz ihrer zeitweiligen Privilegien ihre grundlegende Ohnmacht, wurden letztlich ermordet. Die Opfer wußten nicht, wie ihnen geschah. Sie konnten nicht begreifen, weshalb ihr Leben, ihre Fähigkeiten, ja letztlich nicht einmal ihre Arbeitskraft noch etwas zählten. Ebenso wie der Historiker, mußten die Opfer versuchen, die Nazis zu verstehen und sich in ihre Position hineinzudenken. Die Opfer trachteten danach, die Handlungen des Feindes vorauszuahnen, um ihm entgegenwirken zu können. Die Vertreibung der Juden war für die traditionellen Antisemiten zwar zuträglich und zweckdienlich, wurde von den Machthabern zumeist auch rationell betrieben, kann aber dennoch kaum als rational verstanden werden. Die Vernichtung aber schien „gegenrational“, widersinnig, unvorstellbar.

Nicht weil die Judenräte die jüdische Gemeinschaft verrieten, sondern weil sie in ihrem Interesse zu handeln versuchten, waren die jüdischen Funktionäre verurteilt, sich in die Handlungsvorgaben der Machthaber hineinzusetzen. Im Sinne der Juden hatten sie wie Nazis zu denken. Sie mußten darauf zählen, daß das nationalsozialistische Reich auf den ökonomischen Nutzen der jüdischen Zwangsarbeit nicht verzichten wollte. Sie hüteten streng die Ordnung der Feinde, weil sie hofften, diese würden sich im Gegenzug ebenfalls an das von ihnen selbst erlassene System, an ihr Gesetz „Arbeit oder Leben“ halten. Die nationalsozialistischen Behörden konnten jedoch aufgrund ihrer Macht jederzeit alle Vorgaben wieder ändern. Die jüdischen Funktionäre nahmen wahr, daß ihre Hoffnungen täglich enttäuscht wurden, doch hatten sie keine andere Wahl. Die jüdische Verwaltung versuchte, Zeit zu gewinnen; sie wollte wenige opfern, um viele zu retten. Aber die Mörder waren die Herren der Zeit. Jede Entscheidung für das Leben war eine für den Tod.

Im Unterschied zu anderen Ländern, die vom „Deutschen Reich“ kriegerisch besetzt wurden, wurde Österreich dem Nazistaat eingegliedert. Die Juden waren keine Minderheit innerhalb einer besiegten Bevölkerung, wie etwa in der Tschechoslowakei oder in Polen. Ein Widerstand der jüdischen Gemeinde hätte nur auf der Unterstützung der nichtjüdischen Bevölkerung fußen können. Solidarität aber war bei der nichtjüdischen Bevölkerung kaum zu finden. Im Gegenteil: Viele befürworteten die nationalsozialistische „Judenpolitik“. Protest von jüdischer Seite wäre auf antisemitischen Hohn gestoßen.

Die Massenflucht war bloß durch Kooperation mit den Machthabern zu gewährleisten; etwa zwei Drittel der Verfolgten gelang es, dem „Dritten Reich“ zu entkommen. Weil Wien der Modellfall nationalsozialistischer „Judenpolitik“ war, wurden die Wiener jüdischen Organisationen von dieser neuen Art der Verfolgung überrascht.

Die Israelitische Kultusgemeinde unter nationalsozialistischer Herrschaft wurde zum Prototyp der späteren Judenräte. Es ist falsch, sie als jüdische Führung zu betrachten. Sie verfügte über keine eigenständige Macht. Sie wurde nach nationalsozialistischen Vorstellungen umgeordnet, sie unterstand der Kontrolle der Nazis. Die Kultusgemeinde war aber keine nationalsozialistische Institution, kein bloßer Befehlsempfänger der Täter. Die jüdischen Funktionäre setzten sich für die Wiener Juden ein und glaubten, der jüdischen Gemeinschaft zu dienen. Sie mußten belogen werden, weil sie eben keine nationalsozialistischen Befehlsempfänger

waren, und sie konnten nur allzu leicht belogen werden, weil sie ohnmächtig waren und zu den Opfern gehörten. Die Deportationen setzten in Wien ein, als die Auswanderung noch möglich war. Immerhin; im Jahre 1941 konnten noch mehr als 6.000 Verfolgte dem „Dritten Reich“ entkommen.

Allmählich erst verwandelte sich in Wien der Charakter der jüdischen Kooperation und der jüdischen Administration, deren Verhalten sich bereits im Zuge der Flucht eingespielt hatte. Der fließende Übergang verschaffte dem Verbrechen ein Alibi und verbarg die eigentlichen Absichten der Täter. In anderen Ländern waren die jüdischen Funktionäre bereits vorgewarnt, als die Juden deportiert werden sollten. Nicht so in Wien. Als im Frühjahr 1941 die ersten Massendeportationen anliefen, war noch nicht klar, was die Juden im Osten erwarten würde. Erst nachdem die großen Massendeportationen im Herbst 1942 abgeschlossen worden waren, erfuhr die Wiener jüdische Leitung von der systematischen Vernichtung des europäischen Judentums.

Im November 1942 wurde die Israelitische Kultusgemeinde aufgelöst. Von nun an hatte der „Ältestenrat der Juden in Wien“ die Aufgaben der Kultusgemeinde zu übernehmen. Die Auflösung der Kultusgemeinde hatte finanzielle Gründe; der Besitz der öffentlich-rechtlichen Institution sollte nun dem Deutschen Reich zufallen.

Noch in den letzten Monaten vor der Befreiung, als die jüdische Gemeinde in Wien längst vernichtet war, arbeitete die jüdische Administration weiter. Wer daran denkt, daß die Juden ganz Europas zur selben Zeit ermordet wurden, will erst nicht glauben, daß in Wien jüdische Institutionen und in Berlin ein jüdisches Krankenhaus bis 1945 fortwirkten. Im Unterschied zu den besetzten Ländern schien es den nationalsozialistischen Machthabern insbesondere wichtig, im Deutschen Reich den Volkskörper von allem „Jüdischen“ zu „säubern“, ohne jedoch hierbei die eigenen „Volksgenossen“ zu ängstigen oder zu schädigen. Noch lebten in Wien „Mischlinge“ oder jüdische Menschen, die mit Nichtjuden verheiratet und verwandt waren und auf deren Familien die Nazis Rücksicht nehmen mußten. Die übriggebliebenen Juden hatten im Interesse der Gesamtbevölkerung versorgt zu werden. Sie brauchten medizinische Betreuung, um mögliche Ansteckungen und Seuchen in ihrer nichtjüdischen Umgebung zu verhindern. Sie sollten jedoch weiterhin den jüdischen Einrichtungen unterstehen und nicht in „arische“ Spitäler aufgenommen werden, denn die Segregation hatte aufrecht erhalten zu werden. Die Verfolgten wurden nicht in den „Volkskörper“ aufgenommen. Noch waren sie geduldet, aber die Maschinerie der Vernichtung wartete schon auf sie. Sobald ein „arischer“ Ehemann verstorben

war, wurde seine alleinstehende jüdische Witwe, so sie nicht durch andere Verwandte geschützt war, deportiert.